



Peine, 23.10.2025

Protokoll

19. Sitzung des Kreistages des Landkreises Peine

Sitzungstermin:	Mittwoch, 18.06.2025, 17:30 Uhr
Raum, Ort:	Aula des Ratsgymnasiums, Burgstraße 2, 31224 Peine
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Vorsitz

Hartmut Marotz SPD

Mitglieder

Matthias Möhle SPD

Stefanie Weigand Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Marion Övermöhle-Mühlbach CDU

Maik Burgdorf SPD

Sebastian Hebbelmann SPD

Frank Hildebrandt SPD

Frank Hoffmann SPD

Thomas Kirchmann SPD

Holger Meyer SPD

Maik Meyer SPD

Christoph Moritz SPD

Miriam Riedel-Kielhorn SPD

Robin Samtlebe SPD

Antje Schulz SPD

Nadine Schünemann SPD

Christine Spittel SPD

Oliver Wedekind SPD

Stefan Wilke SPD

bis 19.05 Uhr

Björn Busse CDU

Sigurt Grobe CDU

Dr. Christof Klinke CDU

Michael Kramer CDU

Karsten Könnecker CDU

Carsten Lauenstein CDU

Andreas Leinz CDU

Julius Nießen CDU
Christoph Plett CDU
Georg Raabe CDU
Günter Schmidt CDU
Jürgen Wehmer CDU
Dr. Josef Efken Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Christian Falk Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Doris Maurer-Lambertz Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Claudia Wilke Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Günther Engelhardt AfD
Andreas Tute AfD
Dr. Anja Belte FW-PB
Karl-Heinrich Belte FW-PB
Jan Wouter van Leeuwen FDP
Michael Baum FREIE WÄHLER
Christian Meyer DIE BASIS
Martin Schampera Volt
Ilse Schulz FBI

Protokollführung

Katja Schröder Verwaltung

Verwaltung

Henning Heiß Verwaltung
Cordula Heimburg Verwaltung bis 18.50 Uhr
Bettina Conrady Verwaltung
Prof. Dr. Andrea Friedrich Verwaltung
Jonas Krüger Verwaltung Vertretung für: Herrn Carsten Stuhr
Fabian Laaß Verwaltung
Christian Mews Verwaltung

Abwesend:

Mitglieder

Simone Pifan SPD verhindert
Enrico Jahn CDU verhindert
Thomas Schellhorn CDU verhindert
Rosemarie Waldeck Bündnis 90 / DIE GRÜNEN verhindert
Niwes Huy AfD verhindert
Birgit Reimers parteilos verhindert

Verwaltung

Carsten Stuhr Verwaltung verhindert

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.03.2025
4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Beförderung der Bauoberrätin Wiebke Wemmel zur Baudirektorin 2025/056
6. Beförderung der Veterinärärztin Bettina Beinsen zur Veterinärärztin 2025/057
7. Versetzung des Beamten Bernd Leunig in den Ruhestand auf Antrag 2025/058
8. Änderung Gremienbesetzung 2025/078
9. Gewährung von Personalgewinnungszuschlägen an Beamtinnen und Beamte 2025/089
10. Ausschreibung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten 2025/067
11. Ausschreibung der Stelle für eine Kreisrätin / einen Kreisrat für Umwelt, Bauen und Verbraucherschutz 2025/088
12. Kommunalwahl 2026/Landratswahl 2026 - Berufung der Kreiswahlleitung 2025/091
13. Finanzierung Neubau Klinikum 2025/086
14. Verzicht auf Erstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2022 2025/060
15. Erhalt der mobilen Allgemeinen Unterrichtsräume (AUR) am Standort der IGS Peine über das Schuljahr 2025/2026 hinaus 2025/069
16. Erhöhung des Förderbetrages für den Pakt für den Sport ab dem Haushaltsjahr 2026 und Fortsetzung des Paktes für den Sport über den 31.12.2026 hinaus bis zum 31.12.2031 2025/033
17. Stellungnahme des Landkreises Peine zum Entwurf des Nahverkehrsplans 2025 durch den Aufgabenträger Regionalverband Großraum Braunschweig 2025/070
18. Finanzierung und Restrukturierung der Allianz für die Region 2025/090
19. Antrag der Gruppe CDU/FDP - Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerber im Landkreis Peine gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz 2025/092

- | | | |
|-----|---|----------|
| 20. | Antrag von KTA Schampera zur Prüfung der Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft | 2025/066 |
| 21. | Antrag von KTA Schampera auf Prüfung der Möglichkeit und Potenziale zur Förderung von Carsharing-Anbietern im Landkreis Peine | 2025/068 |
| 22. | Antrag von KTA Schampera auf Prüfung der Möglichkeiten zur Bildung einer "Region Braunschweig" nach dem Vorbild Hannover | 2025/076 |
| 23. | Antrag von KTA Schampera zur Durchführung von Sitzungen des Kreistages in den Ortschaften des Landkreises Peine | 2025/077 |
| 24. | Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen; Geldspende für das Gymnasium Groß Ilsede | 2025/084 |
| 25. | Bericht des Landrates | |
| 26. | Anfragen und Anregungen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Vorlage:

Kreistagsvorsitzender Marotz begrüßt die anwesenden Kreistagsabgeordneten, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, das erste Ausbildungsjahr der Verwaltungsfachangestellten und der Kreisinspektoranwärter des Landkreises Peine, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorlage:

Kreistagsvorsitzender Marotz stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und erklärt das 44 Kreistagsabgeordnete und der Landrat anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Der Kreistag stellt die Tagesordnung im Anschluss einstimmig fest.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.03.2025

Vorlage:

Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vorlage:

Ein Einwohner aus Ilsede-Adenstedt bemängelt die langen Wartezeiten für einen Termin in der Führerscheinstelle des Landkreises Peine. Bereits vor fünf Jahren hätte er hier im Kreistag darauf hingewiesen, aber eine Verbesserung sei kaum erkennbar. Er als Teilzeitkraftfahrer müsse alle fünf Jahre in der Führerscheinstelle einen Termin vereinbaren. Dieses Jahr hätte die Wartezeit über zwei Monate betragen. Er fragt an, warum diese Aufgabe nicht auf die Gemeinden übertragen werden könne, da diese bei der Ausstellung von Pässen deutlich schneller wären.

Erste Kreisrätin Conrady erklärt, dass eine Übertragung dieser Aufgabe auf die Gemeinden rechtlich nicht möglich sei, da die gesetzliche Zuständigkeit hierfür beim Landkreis liege. Es seien mit dem Haushalt für dieses Jahr neue Stellen für diesen Bereich geschaffen worden. Die entsprechenden Mitarbeitenden würden derzeit eingearbeitet. In der Zukunft dürften sich die Wartezeiten hierdurch deutlich verkürzen. Leider sei ein enormer Zuwachs an Führerscheinpflichtumtauschen zu verzeichnen, der zu einem entsprechenden Arbeitszuwachs führe. Hier solle der Einsatz weiterer technischer Möglichkeiten Erleichterung bringen. Die derzeitige Wartezeit für einen Termin betrage sechs Wochen.

Es gibt keine weiteren Fragen der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner.

5. Beförderung der Bauoberrätin Wiebke Wemmel zur Baudirektorin
Vorlage: 2025/056 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Frau Bauoberrätin Wiebke Wemmel wird zum 01.07.2025 zur Baudirektorin (Besoldungsgruppe A 15 NBesG) befördert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

6. Beförderung der Veterinärärztin Bettina Beinsen zur Veterinärärztin
Vorlage: 2025/057 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Frau Veterinärärztin Bettina Beinsen wird zum 01.09.2025 zur Veterinärärztin (Besoldungsgruppe A 14 NBesG) befördert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

7. Versetzung des Beamten Bernd Leunig in den Ruhestand auf Antrag
Vorlage: 2025/058 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Beamte Bernd Leunig wird zum 01.01.2026 in den Ruhestand versetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

8. Änderung Gremienbesetzung**Vorlage: 2025/078 ungeändert beschlossen****Beschluss:**

- a) Frau Karolin Venzke wird stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss als Vertreterin der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe.
- b) Frau Renate Moldauer bzw. Jessica Pape wird beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss als Vertreterin der Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten.
- c) Frau Maren Langenhan und Frau Berit Kühne werden stellvertretende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss für die Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege.
- d) Frau Ruzanna Srapyan wird beratendes Mitglied im Ausschuss Gesundheit, Arbeit und Soziales.
- e) Frau Bianka Müller wird Mitglied im Beirat für Menschen mit Behinderung des Landkreises Peine.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

9. Gewährung von Personalgewinnungszuschlägen an Beamtinnen und Beamte**Vorlage: 2025/089 ungeändert beschlossen****Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, zu Zwecken der Personalgewinnung im Bedarfsfall Personalgewinnungszuschläge gemäß § 54 Nds. Besoldungsgesetz an Beamtinnen und Beamte zu gewähren. Die Entscheidung über die Gewährung trifft die Betriebliche Kommission.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

10. Ausschreibung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten
Vorlage: 2025/067 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wird gemäß anliegender Stellenbeschreibung öffentlich ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

11. Ausschreibung der Stelle für eine Kreisrätin / einen Kreisrat für Umwelt, Bauen und Verbraucherschutz
Vorlage: 2025/088 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Stelle der Kreisrätin / des Kreisrates für Umwelt, Bauen und Verbraucherschutz wird gemäß anliegender Stellenbeschreibung öffentlich ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

12. Kommunalwahl 2026/Landratswahl 2026 - Berufung der Kreiswahlleitung
Vorlage: 2025/091 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der ab dem 01.11.2021 berufene amtierende Kreiswahlleiter Landrat Henning Heiß und die bisherige stellvertretende Kreiswahlleitung Marina Geerts werden abberufen.

Für die Aufgaben der Kreiswahlleitung und zur Vorbereitung und Durchführung der Kommu-

nalwahlen 2026 am 13.09.2026 und der Landratswahl 2026 (ggf. mit Stichwahl) werden mit sofortiger Wirkung

Frau Erste Kreisrätin Bettina Conrady als Kreiswahlleiterin und

Herr Ulrich Heinisch als stellvertretender Kreiswahlleiter

berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

13. Finanzierung Neubau Klinikum

Vorlage: 2025/086 ungeändert beschlossen

Landrat Heiß weist darauf hin, dass in der letzten Kreistagssitzung am 12. Juni das Projekt zum Neubau des Peiner Klinikums vorgestellt worden sei. Über die dazugehörigen Zahlen seien die Fraktionen und Einzelmandatäre in entsprechenden Einzelgesprächen informiert worden. Es bestehe ein Spannungsverhältnis zwischen der transparenten Darstellung des Tatbestandes durch die Verwaltung gegenüber dem Kreistag und der Tatsache, dass man sich derzeit in einem Vergabeverfahren befinde.

Da noch keine Vergabe erfolgt sei, sei es auch nicht möglich, zum jetzigen Zeitpunkt mit genauen Zahlen und Informationen an die Öffentlichkeit zu gehen. Zudem würde es die derzeitigen Verhandlungen mit dem einzigen Bieter massiv stören, was wiederum zu einem schlechteren Ergebnis für den Landkreis führen würde. Heute sei es wichtig zu entscheiden, die Planungen weiter voranzubringen und die zur Verfügung stehenden weiteren Planungskosten auszulösen. Am Ende des Jahres werde dann die endgültige Entscheidung zum weiteren Bau des Klinikums in öffentlicher Sitzung unter Berücksichtigung aller wichtigen Zahlen getroffen werden. Der heutige Tag diene vor allem dazu, die Politik auf diesem Wege mitzunehmen und auf die geänderte Zahlenlage hinzuweisen. Sofern die anwesenden Kreistagsabgeordneten der Ansicht seien, dass das neue Klinikum benötigt werde, sei es erforderlich, der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Der vorliegende Antrag der Gruppe CDU/FDP auf Verschiebung der heutigen Beschlussfassung sei ein Stück weit verständlich, da den hier ehrenamtlich tätigen Kreistagsabgeordneten mit dieser maßstabsbildenden Entscheidung zur Gesamtentwicklung des Gesundheitssystems im Landkreis Peine und zur Entwicklung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises Peine eine Menge zugemutet werde. Trotzdem bittet Landrat Heiß, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu folgen. Denn letztlich mache eine Verschiebung der Beschlussfassung nur Sinn, wenn ernsthaft über Alternativen nachgedacht werden würde. Eine Schließung käme, seiner Meinung nach, nicht in Betracht, da das Klinikum sehr gut angenommen werde. In letzter Zeit sei eine Steigerung von über 30 Prozent bei der Belegung zu verzeichnen gewesen. Zudem berge ein zögerliches Verhalten ein hohes Risiko gegenüber dem Land, da dies als ein falsches Zeichen gewertet werden könne. Darüber hinaus koste jede weitere Verzögerung dem Landkreis viel Geld.

Landrat Heiß bittet daher die Gruppe CDU/FDP, den vorliegenden Antrag zurückzuziehen, sofern keine ernsthaften Alternativen vorhanden seien.

Kreistagsvorsitzender Marotz liest den vorliegenden Antrag der Gruppe CDU/FDP vor. Diese beantrage, die Vorlage 2025/086 zur Finanzierung des Neubaus eines Klinikums in der Kreistagssitzung am 18.06.2025 von der Tagesordnung zu nehmen und die Entscheidung in einer Sondersitzung des Kreistages Peine Ende August 2025 vorzunehmen.

KTA Plett begründet den vorliegenden Antrag. Er erklärt, dass die Zustimmung zum Grundsatzbeschluss am 10.04.2024 mit den damals bekannten Zahlen erfolgte. An dieser Zustimmung hätte sich bisher nicht geändert. Was sich aber geändert hätte, seien die aktuell zugrundeliegenden Zahlen. Im Rahmen der Haushaltsberatung für 2025 sei von der Kreisverwaltung schriftlich mitgeteilt worden, dass absehbar sei, dass dem Landkreis Peine bei weiterer negativer Entwicklung eine bilanzielle Überschuldung drohe. Vor diesem Hintergrund müssten der Bau des Klinikums sowie die Wahrung der weiteren Handlungsfähigkeit des Landkreises Peine gegeneinander abgewogen werden. Hierbei müsse sich beispielsweise auch gefragt werden, wie es mit den Schulen, den sozialen Einrichtungen und der Unterstützung des Sportbereiches weitergehe. Hier befinde man sich in einem klassischen Zielkonflikt.

Die Gruppe CDU/FDP sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die am 11.06. vorgelegten Zahlen nicht innerhalb von einer Woche hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Bau des Klinikums sowie auf die Handlungsfähigkeit des Landkreises Peine beurteilt werden könnten. Die Entscheidung zur Finanzierung eines Klinikneubaus sei von außerordentlicher Bedeutung und stelle eine richtungsweisende Weichenstellung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Landkreis Peine sowie im Umland für die kommenden Jahrzehnte dar. Diese Entscheidung könne nicht von Ehrenamtlichen innerhalb einer Woche getroffen werden. Es handle sich hierbei um eine Entscheidung von höchster finanzieller, medizinischer und politischer Komplexität, die weitreichende finanzielle Folgen für die Kreishaushalte der kommenden Jahrzehnte haben werde. Des Weiteren müsse eine Behandlung möglicher weiterer Alternativen ohne Zeitdruck erfolgen. Eine qualifizierte und zeitgemäße Gesundheitsversorgung sei ein fundamentaler Bestandteil der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Angesichts der finanziellen Dimension des Projektes und der langfristigen Auswirkungen auf den Landkreis erscheine es unumgänglich, dass der Kreistag nach fachlich umfassenden Informationen über die verschiedenen Aspekte der Finanzierung und deren Risiken ausreichend Zeit für intensive Beratungen zum Planungsstand in ökonomischen Daten, alternativen Überlegungen und einer abschließenden fundierten Beschlussfassung erhalte. Daher sei von Seiten der Gruppe CDU/FDP die Sondersitzung im August angeregt worden.

Laut KTA Hoffmann sei bekannt, dass vom Bund und Land auf die Kommunen übertragenen Aufgaben unterfinanziert seien. Zudem entscheide der Kreistag mit dem Kreishaushalt jährlich ebenfalls über hohe Millionenausgaben. Bekannt sei in diesem Zusammenhang auch, dass die von KTA Plett benannte Infrastruktur nicht in Gefahr sei, da diese Kosten bei der Haushaltsgenehmigung durch das Land vor die Klammer gezogen würden. Die Kosten für die Finanzierung des Klinikums würden weiterlaufen. Wenn sich das Bauablaufverfahren weiter nach hinten verschiebe, werde der Bieter dies zudem dem Landkreis in Rechnung stellen.

Die Entscheidung, ob gebaut werde oder nicht, werde am Ende des Vergabeverfahrens entschieden. Zu diesem Zeitpunkt werde auch die Höhe der Fördergelder feststehen. Heute gelte es zu beschließen, dass der Kreistag bei seinem Entschluss, das Klinikum zu bauen, bleibe, auch wenn es nun teurer werde als ursprünglich angenommen. Im Hinblick auf die Baupreisentwicklung in Deutschland sei dies jedoch nicht überraschend.

KTA Hoffmann dankt Dr. Tenzer, dem Team des Klinikums, dem Landrat und der Kreisverwaltung für die große Transparenz, dass dies heute diskutiert werde. Es gebe andere Kommunen mit ähnlichen Projekten, bei denen die Zustimmung der Politik vorausgesetzt werde.

Die SPD-Kreistagsfraktion stehe geschlossen zum Peiner Klinikum als dem wichtigsten Baustein der Infrastruktur des Landkreises Peine und der Versorgung der Bevölkerung mit entsprechenden medizinischen Leistungen.

KTA Schampera bemängelt, dass die derzeitigen Gesamtkosten des Projektes nicht genannt würden. Er bezeichnet dies als Geheimniskrämerei und fordert mehr Transparenz in dem Verfahren ein. Den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie der Bevölkerung werde nicht zugetraut, mit der Summe verantwortungsvoll umzugehen. Er dankt KTA Plett in diesem Zusammenhang für die Oppositionsarbeit der Gruppe CDU/FDP. Es bestünde zudem ein Unterschied zwischen einer jährlichen Haushaltsverabschiedung und dem Beschluss zum Neubau des Klinikums, denn hierbei handle es sich um ein Generationenprojekt. Die Argumentation des Landrates mit Ängsten im Falle eines Nichtbeschlusses sei, seiner Ansicht nach, nicht zielführend.

KTA Weigand widerspricht der Aussage von KTA Schampera, dass es sich bei diesem Verfahren um Geheimniskrämerei handle. In der letzten Kreistagssitzung vor einer Woche sei deutlich erklärt worden, dass es nur einen Bieter in dem Verfahren gebe. Zudem hätte Landrat Heiß in seinem Redebeitrag ausdrücklich erläutert, warum es zum jetzigen Zeitpunkt schaden würde, mit Zahlen an die Öffentlichkeit zu gehen: Das Vergabeverfahren sei noch nicht abgeschlossen.

KTA Weigand bedankt sich im Namen der Kreistagsfraktion der Grünen ausdrücklich für die Transparenz und Unterrichtung der Politik in dem Verfahren durch die Kreisverwaltung. Eine Steigerung der Baukosten sei nicht überraschend. Jetzt gelte es, den bereits gefassten Grundsatzbeschluss heute durch einen weiteren demokratischen Beschluss abzusichern. Dieses Vorgehen sei äußerst korrekt. Sie frage sich, welche Erkenntnisse in der bevorstehenden Sommerpause noch gewonnen werden könnten.

Ihre Kreistagsfraktion stehe voll und ganz hinter den Plänen, das Klinikum neu zu bauen. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels werde sich in Zukunft ein noch höherer Bedarf an stationärer medizinischer Versorgung entwickeln. Daher werde das Peiner Klinikum dringend gebraucht. Durch eine weitere Verzögerung würden Monate im laufenden Prozess verloren gehen und weitere hohe Kosten entstehen.

KTA Ilse Schulz erklärt, dass sie dem Grundsatzbeschluss zum Neubau des Klinikums im vergangenen Jahr nicht zugestimmt hätte, da die Sachlage völlig unklar gewesen sei. Als ehrenamtlich tätige Einzelmandatarin fühle sie sich durch die heutigen Aussagen von Landrat Heiß in ihrem Mandat bedrängt. Sie hätte das Recht, sich zu Themen zu äußern, für die sie von den Bürgerinnen und Bürgern beauftragt worden sei. KTA Ilse Schulz dankt KTA Plett für seine Ausführungen und äußert ihren Unmut darüber, dass den Bürgerinnen und Bürgern die aktuellen Zahlen nicht zugemutet würden. Sie hätte ein anderes Verständnis von Demokratie. Hinsichtlich der Finanzierung gebe es zwei unsichere Faktoren: das Land und die kommunale Trägerschaft. KTA Ilse Schulz halte es für falsch, die heutige Entscheidung über das Knie zu brechen. Sie lasse sich hier nicht bedrohen. Es müsse erlaubt sein, Fragen zu stellen. Etliche Fragen zur Finanzierung seien für sie noch nicht beantwortet.

Kreistagsvorsitzender Marotz weist die Behauptung von KTA Ilse Schulz zurück, dass die Bevölkerung in diesem Verfahren ausgeschlossen werden solle und dass KTA Ilse Schulz vom Landrat bedrängt werde. Er bittet sie, diese Aussagen noch einmal zu überdenken und sie gegenüber dem Landrat zurückzunehmen.

Landrat Heiß betont noch einmal, wie wichtig es sei, in der jetzigen Bieterphase mit Zahlen zurückhaltend umzugehen. Eine Offenlegung der Zahlen hätte zur Folge, dass weitere Millionen Euro zusätzlich gezahlt werden müssten. Von einer Verdummung der Bevölkerung könne hier keine Rede sein. Der Grundsatzbeschluss zum Neubau des Klinikums in der jetzigen Form sei vor über einem Jahr getroffen worden. Derzeit würden über 26.000 Notfälle im Jahr behandelt. Sollte das Klinikum nicht in der geplanten Form gebaut werden, könnten diese Menschen hier nicht behandelt werden. Eine weitere Verzögerung gefährde jedoch den geplanten Neubau, denn die Finanzierung, könne hierdurch in Gefahr geraten.

Mit dem heutigen Beschluss werde lediglich die weitere Planung ausgelöst. Die endgültige Entscheidung über den Bau des Klinikums folge zu einem späteren Zeitpunkt. Landrat Heiß appelliert in diesem Zusammenhang an die Gruppe CDU/FDP sich jetzt zu äußern, sofern ein Klinikum in einer anderen Form gewünscht werde. Ansonsten würde eine Verzögerung zu keinen neuen Erkenntnissen führen.

KTA Baum teilt erneut seine kritische Haltung zum Neubau des Peiner Klinikums aufgrund der möglichen finanziellen Überforderung des Landkreises Peine mit. Er sei nicht generell gegen das Klinikum und den Neubau, aus seiner Sicht seien die Kosten jedoch nicht absehbar und daher nicht tragbar. Das Klinikum stehe im Krankenhausbedarfsplan des Landes Niedersachsen. Damit liege die Kostenzuständigkeit eindeutig beim Land Niedersachsen. Landrat Heiß hätte den Sachverhalt aus seiner Sicht plausibel dargestellt. Sonderwünsche beim Bau, wie das Patientenhotel, sollten jedoch noch einmal kritisch hinterfragt werden.

Er werde der vorliegenden Beschlussvorlage daher nicht zustimmen.

KTA Karl-Heinz Belte stellt fest, dass mit der damaligen Übernahme des Klinikums Peine die notwendige Ausrichtung und Weiterentwicklung bereits verbunden gewesen sei. Und auch die baulichen Gegebenheiten seien damals schon bekannt gewesen. Die weitreichenden Folgen auf die Finanzen des Kreises seien absehbar gewesen. Das Thema sei gegenüber der Politik von Seiten der Kreisverwaltung stets transparent vermittelt worden. Für die medizinische Versorgung in der Region, für die Infrastruktur und für die Verkehrslage dieser Stadt zwischen Braunschweig und Hannover sei ein Klinikum in der hier geplanten Qualität absolut erforderlich.

Die Kreistagsfraktion FW-PB werde der vorliegenden Beschlussvorlage zustimmen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den vorliegenden Antrag der Gruppe CDU/FDP. Dieser wird bei 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mit großer Mehrheit abgelehnt.

KTA Kramer erklärt, dass ein deutliches Zeichen der Verunsicherung bereits der unsolidarische Rückzug der Stadt Peine gewesen sei, obwohl diese am meisten vom Klinikum profitiere. Er hätte großen Respekt vor den Sorgen und Bedenken der Kreistagsabgeordneten, die der Vorlage nicht zustimmen könnten. Die Verantwortung als ehrenamtlich tätige Kreistagsabgeordnete sei enorm, doch jeder Monat Aufschub koste in der Planung und der Baupreissteigerung eine Million Euro. KTA Kramer dankt Dr. Tenzer für die engagierten, zügigen und voll im Zeitplan liegenden Vorarbeiten. Die offizielle Einstufung als Klinikprojekt mit allgemeiner Förderzusage liege vor. Zudem liege die in solchen Verfahren erforderliche und nicht selbstverständliche Zustimmung der EU aus Brüssel vor. Die nicht unproblematische Ausschreibung für dieses komplexe Projekt sei erfolgreich verlaufen. Die Beschäftigten des Klinikums hätten die Gelegenheit gehabt, Verbesserungsvorschläge zum Raumprogramm und zur Ausstattung zu machen. Welches Signal von Uneinigkeit würde der Kreistag an das Land, den Beschäftigten des Klinikums, der örtlichen Wirtschaft und die benachbarten Kliniken im Falle eines ablehnenden Beschlusses aussenden. Der Klinikstandort in Peine werde benötigt, zuerst für die Bevölkerung im Landkreis Peine und des Umlandes, aber auch für die täglichen Notfälle auf der Autobahn. Daher sei auch ein Hubschrauberlandeplatz notwendig. Nun sei die Unterstützung der hauptberuflichen Bundes- und Landespolitiker gefragt, um mit Nachdruck für eine ausreichende medizinische Förderung zu sorgen.

KTA Kramer plädiert für eine wohnortnahe Betreuung in einem zugewandten und überschaubaren Betrieb. Mit einem modernen Neubau könne der Bevölkerung, den Beschäftigten und den örtlichen Unternehmen Sicherheit gegeben werden. Dafür sei er bereit, in eine hohe jährliche Verschuldung für Zinsen und Abtrag des Eigenanteils sowie den laufenden Verlustausgleich zu gehen, obwohl hier ganz klar Bund und Land in der Verantwortung seien.

Beschluss:

Am Grundsatzbeschluss vom 24.04.2024 zum Neubau des Klinikums Peine wird auch unter den neuen finanziellen Rahmenbedingungen und Kostensteigerungen festgehalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 4 Enthaltung/en: 1

14. Verzicht auf Erstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2022

Vorlage: 2025/060 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Auf die Erstellung von konsolidierten Gesamtabschlüssen für das Jahr 2022 wird verzichtet, da die betroffenen Aufgabenträger des Landkreises Peine für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage von untergeordneter Bedeutung sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

15. Erhalt der mobilen Allgemeinen Unterrichtsräume (AUR) am Standort der IGS Peine über das Schuljahr 2025/2026 hinaus

Vorlage: 2025/069 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die drei mobilen AUR am Standort der IGS Peine werden über das Schuljahr 2024/2025 bis auf Weiteres vorgehalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

16. Erhöhung des Förderbetrages für den Pakt für den Sport ab dem Haushaltsjahr 2026 und Fortsetzung des Paktes für den Sport über den 31.12.2026 hinaus bis zum 31.12.2031

Vorlage: 2025/033 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die jährlich vom Landkreis Peine an den Kreissportbund Peine e.V. gewährte Fördersumme wird ab dem Haushaltsjahr 2026 auf einen Betrag von 350.000 EUR erhöht. Gleichzeitig wird der Pakt für den Sport über den 31.12.2026 hinaus bis zum 31.12.2031 fortgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

17. Stellungnahme des Landkreises Peine zum Entwurf des Nahverkehrsplans 2025 durch den Aufgabenträger Regionalverband Großraum Braunschweig

Vorlage: 2025/070 geändert beschlossen

Kreistagsvorsitzender Marotz erläutert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, zentrale Verwaltung und Feuerschutz nachfolgende Ergänzung in Kapitel E3 ÖP Prozent NV-Angebote in den Teilnetzen; Seite 8, empfohlen worden sei, der sich der Kreisausschuss angeschlossen hätte:

Unabhängig von Teilnetzen und Betreibern spricht sich der Landkreis Peine für eine Optimierung der Umsteigebeziehungen in allen Netzknoten (ZOB, SPNV-Stationen, zentrale Haltestellen in den Grundzentren und sonstigen wichtigen Linienverknüpfungen) im Busbereich inklusive der On-Demand-Systeme aus.

Der Kreistag beschließt mit dieser Ergänzung einstimmig.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Beteiligungsentwurf des Nahverkehrsplans 2025 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

18. Finanzierung und Restrukturierung der Allianz für die Region

Vorlage: 2025/090 ungeändert beschlossen

Beschluss:

1. Dem Sanierungs- und Restrukturierungskonzept für die Allianz für die Region GmbH - wie in der Aufsichtsratssitzung vom 25.03.2025 vorgestellt - wird zugestimmt.
2. Der Gesellschaftervereinbarung der Allianz für die Region GmbH wird zugestimmt. Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Allianz für die Region GmbH wird bevollmächtigt, die Gesellschaftervereinbarung betreffend die Allianz für die Region GmbH zu unterzeichnen.
3. Der Erhöhung des Stammkapitals von aktuell 27.600 € um 66.524 € auf 94.124 € sowie der Zeichnung der auf den jeweiligen Gesellschafter entfallenden Geschäftsanteile wird zugestimmt. Dem Verkauf und der Übertragung sämtlicher vom Gesellschafter AGV-BS gehaltener Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 23.901 – 25.000 an den Gesellschafter Stadt Braunschweig zum Nennbetrag wird ebenfalls zugestimmt. Der Vertreter des Landkreises Peine als Gesellschafter wird ermächtigt, die entsprechende notarielle Beurkundung zu zeichnen.
4. Der Anpassung des Gesellschaftsvertrages (Satzung) wird zugestimmt. Der Vertreter des Landkreises Peine als Gesellschafter wird ermächtigt, die entsprechenden notarielle Beur-

kundung zu zeichnen.

- Die Geschäftsführung der Allianz für die Region GmbH wird beauftragt, die Unterzeichnung der Gesellschaftervereinbarung bis zum 10.07.2025 sicherzustellen. Eine entsprechende Mitteilung an die Gesellschafter und Mitglieder des Aufsichtsrates erfolgt bis zum 15.07. 2025.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung/en: 1

19. Antrag der Gruppe CDU/FDP - Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerber im Landkreis Peine gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz

Vorlage: 2025/092 geändert beschlossen

Kreistagsvorsitzender Marotz erklärt, dass der Kreisausschuss empfohlen hätte, den vorliegenden Antrag in den zuständigen Ausschuss für Gesundheit, Arbeit und Soziales zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

20. Antrag von KTA Schampera zur Prüfung der Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

Vorlage: 2025/066 ungeändert beschlossen

KTA Schampera erläutert seinen vorliegenden Antrag. Er bemängelt, dass sich die Kreisverwaltung in der Vorlage auf das Problem und nicht auf die Chancen fokussiere. Zudem sei fraglich, ob die Aussagen in der Vorlage auch immer der Realität entsprechen würden. Ein weiteres Problem seien die nicht öffentlichen Sitzungen. Dies verhindere eine öffentliche Diskussion zu dem Thema.

KTA Schampera appelliert, sich für einen halben Tag zusammzusetzen, um die Möglichkeiten zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft zu eruieren. Daher bittet er um die Zustimmung zu seinem Antrag.

KTA Kramer weist darauf hin, dass bereits 2016 ein Wohnraumversorgungskonzept für den Landkreis Peine öffentlich erstellt worden sei. Im Oktober 2019 hätte die CDU-Fraktion einen detaillierten Antrag zur Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus im Landkreis Peine mit der Bitte um Prüfung der

Einrichtung einer sozialen Wohnungsbaugesellschaft gestellt. Am 7.10.2020 hätte die Kreisverwaltung nach Besprechungen mit den Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Kommunen eine Antwort vorgelegt, die im Kern ein mangelndes Interesse der Stadt Peine darstellte. Eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft ohne die Stadt Peine als wesentliches und strukturprägendes Mittelzentrum sei, laut Kreisverwaltung, nicht zielführend gewesen. Im November 2021 hätte KTA Reimers im Rahmen einer umfangreichen Anfrage konkrete Nachfragen zur Wohnungssituation im Landkreis Peine gestellt, worauf die Kreisverwaltung ausführlich geantwortet hätte. Am 4.7.2022 hätte die Gruppe SPD/Grüne die Kreisverwaltung noch einmal aufgefordert, die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft zu prüfen. Im Januar 2023 hätten die Grünen dieses Thema ebenfalls aufgegriffen. Und im März 2023 hätte die CDU erneut in der Presse auf den dringenden Bedarf von Sozialwohnungen, insbesondere für Ältere, Alleinstehende und Familien, aufmerksam gemacht. Im April 2023 hätte eine Sitzung der Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zur Wohnungssituation sozial schwacher Menschen im Landkreis Peine stattgefunden. Mit Antrag vom 17.10.2024 hätte die Gruppe CDU/FDP die Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes gewünscht und an die Förderung des sozialen Wohnungsbaus erinnert. Diese Aufzählung zeige, dass das Thema in den letzten Jahren bereits intensiv behandelt, öffentlich diskutiert und bearbeitet worden sei. Deshalb halte es die Gruppe CDU/FDP in einer Zeit, in der andere wichtige Projekte vorangebracht werden müssten, nicht für zielführend, erneut Verwaltungskapazitäten für dieses Thema abzustellen.

KTA Schampera erklärt, dass er nicht den Eindruck habe, dass sich in den letzten Jahren vollumfassend und vertieft mit diesem Thema beschäftigt worden sei. Andernfalls hätten Lösungen aufgezeigt werden können.

Beschluss:

Der Antrag zur Prüfung der Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung/en: 1

21. Antrag von KTA Schampera auf Prüfung der Möglichkeit und Potenziale zur Förderung von Carsharing-Anbietern im Landkreis Peine

Vorlage: 2025/068 ungeändert beschlossen

KTA Schampera erläutert seinen vorliegenden Antrag. Zur Unterstützung des ÖPNV halte er es für sinnvoll, Carsharing im Landkreis Peine anzubieten. Er bemängelt, dass die Kreisverwaltung in der Vorlage nicht das Für und Wider abgewogen hätte. Entgegen der Auffassung der Kreisverwaltung hätte eine Anfrage bei ChatGPT durch ihn ergeben, dass es sehr wohl Förderprogramme für eine kurzfristige Unterstützung gäbe. Die Klimaschutzagentur des Landkreises Peine hätte sich mit dem Thema Carsharing bereits befasst. Er frage sich, warum diese Informationen nicht herausgegeben würden.

KTA Schampera bittet nochmals darum, sich objektiv mit seinen Anträgen zu beschäftigen.

KTA Claudia Wilke erklärt, dass der vorliegende Antrag im Ausschuss für Bauen und Liegenschaften behandelt worden sei. Die Verwaltung sei inhaltlich sehr gut auf das Thema eingegangen. Die Klimaschutzagentur des Landkreises Peine und auch die Gemeinden beschäftigen sich im Hintergrund bereits seit einiger Zeit damit. Hinsichtlich der Ladeinfrastruktur befinde sich der Landkreis derzeit in einem engen Austausch mit den Gemeinden.

KTA Schampera vermittele den Eindruck, dass sich mit seinen Anträgen nur halbherzig befasst werde. Dies weise sie zurück.

Für KTA Schampera gehöre das Thema sehr wohl auch in den Landkreis als übergeordnete Institution.

Beschluss:

Der Antrag zur Prüfung der Möglichkeiten und Potenziale zur Förderung von Carsharing-Anbietern im Landkreis Peine wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung/en: 1

22. Antrag von KTA Schampera auf Prüfung der Möglichkeiten zur Bildung einer "Region Braunschweig" nach dem Vorbild Hannover

Vorlage: 2025/076 ungeändert beschlossen

KTA Schampera erläutert seinen vorliegenden Antrag. Er bemängelt auch hier, dass die Kreisverwaltung in der Vorlage nicht das Für und Wider abgewogen hätte. Eine Recherche seinerseits mit ChatGPT hätte ergeben, dass es 2023 eine Initiative vom Oberbürgermeister in Braunschweig und der Landrätin in Wolfenbüttel gegeben hätte, die Region Braunschweig weiter voranzubringen. Durch die Schaffung einer Region Braunschweig könnten, so KTA Schampera, u.a. Doppelstrukturen aufgeben und mehr Bürgernähe geschaffen werden.

KTA Kramer berichtet vom gestrigen Informationstreffen mit den Spitzen der CDU-Fraktion der Region Hannover und den Spitzen der CDU-Fraktion im Regionalverband Großraum Braunschweig. Dabei sei herausgekommen, dass der Zentralismus in der Region Hannover eklatant sei, nachdem die Landkreise in der Region aufgelöst worden seien. Die Landeshauptstadt ziehe alle wichtigen Institutionen zu sich heran, und das Umfeld blute aus. Im Regionalverband Großraum Braunschweig hätte zum Glück recht selbstbewusste Landräte und Bürgermeister, die darauf achten würden, dass ihr Gebiet nicht zu kurz kommen würde. 2017 sei die Stärkung und institutionelle Weiterentwicklung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig eingeführt worden. Dieser hätte damals auch eine Direktwahl seiner Vertreterinnen und Vertreter vorgesehen. Doch bereits 2018 hätte der Landtag im Rahmen der Neufassung des Landesgesetzes zum RGB diesen Passus wieder gestrichen.

Die neuen Ansätze zur Bildung einer Region Braunschweig würden daher von der Gruppe CDU/FDP angelehnt.

KTA Schampera bedauert, dass die vielen Chancen einer Region nicht gesehen würden. Gerade in der heutigen Zeit sei ein Stillstand in den Strukturen der falsche Weg.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung/en: -

23. Antrag von KTA Schampera zur Durchführung von Sitzungen des Kreistages in den Ortschaften des Landkreises Peine

Vorlage: 2025/077 ungeändert beschlossen

Laut Kreistagsvorsitzender Marotz sei der vorliegende Antrag unfertig, weil er nicht zu Ende bearbeitet worden sei.

KTA Schampera erläutert seinen vorliegenden Antrag. Er regt an, sich als Kreistag mehr auf die Bürgerinnen und Bürger zuzubewegen und in den verschiedenen Ortschaften des Landkreises Peine zu tagen. Die persönliche Präsenz vor Ort würde viele Chancen bieten und sei gelebte Demokratie.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 2 Enthaltung/en: -

24. Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen; Geldspende für das Gymnasium Groß Ilsede

Vorlage: 2025/084 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Annahme der Geldspende in Höhe von 6.500 € des Vereins Netzwerk Chancenreich e.V. Peine wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

25. Bericht des Landrates

Vorlage:

Es erfolgt kein Bericht des Landrates.

26. Anfragen und Anregungen

Vorlage:

Es gibt keine Anfragen und Anregungen.

Um 19:30 Uhr beendet Kreistagsvorsitzender Marotz die 19. Sitzung des Kreistages.
